

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 80 38/39
Telex: 06 66 846 ppbn d

Inhalt

Peter Schulz, Präsident der Hamburgischen Bürgerschaft, würdigt Leben und Werk des verstorbenen Hamburger Bürgermeisters Herbert Weichmann.

Seite 1

Liesel Hartenstein MdB fordert weitere Maßnahmen zum Abbau der Rheinverschmutzung.

Seite 3

Heidemarie Wieczorek-Zeul MdEP begrüßt die Beschlüsse der Sozialistischen Fraktion im EP zur Beschränkung des Waffenexports.

Seite 4

Dokumentation

Bundesregierung muß endlich handeln. Entschliessung der SPD-Bundestagsfraktion zu Kohle und Stahl auf ihrer Sitzung im Revier.

Seite 5

38. Jahrgang / 195

11. Oktober 1983

Zum Tod von Herbert Weichmann

Die Sozialdemokratie hat einen ihrer Großen verloren

Von Peter Schulz MdB
Präsident der Hamburgischen Bürgerschaft

Er war ein großer Bürgermeister, geachtet und respektiert über die Parteigrenzen hinaus, er war ein Staatsmann, der sich dem Ganzen verpflichtet fühlte - und er war ein großer Sozialdemokrat.

Er war es, obwohl er niemals in eine sozialdemokratische Schablone paßte und er war es deshalb vielleicht mehr als einige, die gelegentlich die Grenze der Schablone als Schutz vor der Notwendigkeit eigener geistiger Anstrengung schätzen.

Er entstammte dem gehobenen Bürgertum, sein Vater war Arzt in Landsberg in Schlesien. Der Weg in die SPD war nicht selbstverständlich und der Anlaß für seinen Eintritt in die Partei typisch für ihn: Am Tage des reaktionären Kapp-Putsches wurde er Sozialdemokrat. Sein Beitritt in die SPD war ein Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie, zur sozialen Demokratie.

Und es war ein Bekenntnis zu einer Partei, die als einzige im Stande und bereit war, die Arbeiterschaft aus sozialer Unterdrückung und wirtschaftlicher und politischer Deklassierung herauszuführen zum tragenden Kern eines freiheitlichen Staates.

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

Vertriebspartner
mit dem Namen Reichsdruck
Bayerische Presse



Es war nicht das damals gültige Parteiprogramm, das ihn anzog - aber es stieß ihn auch nicht ab. Er war durchaus ein Mann von Grundsätzen, aber er trug sie in sich; er bedurfte des Papiers nicht, um über den Tellerrand der Tagespolitik hinauszusehen. Die große Idee des Sozialismus war für ihn keine technische Frage, sondern eine Menschheitsfrage.

Von seinem Eintritt in die SPD bis zu seinem Tode gab es für ihn keine Sekunde des Zweifels daran, daß die Rechte der Arbeiterklasse nur in der Demokratie verwirklicht werden können. Aufbau und Schutz der Demokratie wurden die Ziele seines politischen Lebens.

Seine Distanz gegenüber allen Dogmen ließ ihn einigen als bloßen, wenn auch brillanten Technokraten erscheinen, aber dieser Eindruck war falsch: Die Staatskunst, die er in so hohem Grade beherrschte, war für ihn ein Instrument, Freiheit, Gleichheit und Solidarität zu etablieren und zu sichern.

Distanz wahrte er nicht nur gegenüber in der Partei gepflegten Dogmen, sondern erst recht gegenüber "Glaubenssätzen" der Ideologen eines sozial ungebundenen Laissez Faire. Es versöhnte auch so manchen "Linken" in der Partei, wenn er von der Tribüne der Hamburgischen Bürgerschaft die Vorstellungen der CDU als "Opas Kapitalismus" attackierte.

Parteitage hatten es oft schwer mit ihm, er hat der Partei niemals das Recht bestritten, die Ziele der Politik verbindlich für ihre Mandatsträger festzulegen, und er hielt sich an solche Beschlüsse. Aber er verteidigte das Recht und die Pflicht der Mandatsträger, Tempo und Schrittmaß auf dem Weg zu diesen Zielen in eigener Verantwortung zu bestimmen. Er wehrte sich mit Vehemenz gegen die Versuche, zum Beispiel Einzelfragen der Hamburgischen Politik aufgrund von ad hoc eingereichten Initiativanträgen auf einem Parteitag verbindlich für Senat und Bürgerschaft zu entscheiden; er nahm die Verfassung ernst.

Die Arbeiterbezirke Hamburgs gaben ihm bei den Wahlen Mehrheiten von 70 Prozent und mehr - sie wußten warum. Die deutsche Sozialdemokratie hat einen ihrer Großen verloren.

(-/11.10.1983/ks/hgs)

+ + +



Hoffnungsschimmer für den Rhein

Trotz kleiner Fortschritte bleibt das Ökosystem des Stroms stark beeinträchtigt

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB

Umweltpolitische Sprecherin im Innenausschuß des Deutschen Bundestages

Nach langjährigen vergeblichen Anläufen hat die französische Nationalversammlung nunmehr mit der Mehrheit der sozialistischen Abgeordneten dem Chlorid-Abkommen, das die Salzeinleitungen in den Rhein begrenzen soll, zugestimmt. Diese Entscheidung ist zu begrüßen, bringt sie doch endlich die Hoffnung, in der Verbesserung der Wasserqualität des Rheins einen Schritt weiterzukommen.

Das bereits 1976 abgeschlossene Abkommen ist von vier Anliegerstaaten - der Schweiz, der Bundesrepublik, Belgien und Holland - bereits ratifiziert worden; lediglich Frankreich als größter Salzeinleiter - 135 kg/sec. - fand sich seither wegen der Widerstände im Elsaß gegen die Salzverpressung nicht dazu bereit. Ursprünglich sollten die Salzfrachten in einer ersten Etappe um 20 kg/sec. und in einer zweiten Etappe um 60 kg/sec. vermindert werden. Zur Verwirklichung dieses Planes haben die übrigen Anrainerstaaten sich bereitgefunden, finanzielle Beiträge zu leisten; allein von der Bundesrepublik wurden schon mehr als 20 Millionen DM gezahlt.

Im Einzugsgebiet des Rheins beziehen acht Millionen Menschen ihr Trinkwasser aus dem Strom. Es wird für die in der Internationalen Arbeitsgemeinschaft der Wasserwerke im Rheineinzugsgebiet (IAWR) zusammengeschlossenen 90 Wasserwerke immer teurer und schwieriger, das verschmutzte Rheinwasser, das außer der Salzfracht auch eine hohe Belastung mit Chemikalien und Schwermetallen mit sich führt, zu Trinkwasser aufzuarbeiten. Die landwirtschaftlichen und Gartenbaubetriebe Hollands, die ihr Wasser aus dem Rhein entnehmen, haben unter der Flußverschmutzung besonders stark zu leiden; nach Schätzungen von Fachleuten betragen die Schäden Hunderte von Millionen.

Obwohl in einigen Bereichen, zum Beispiel bei der Erhöhung des Sauerstoffgehalts im Fluß, in den 70er Jahren Fortschritte erzielt wurden, bleibt das gesamte Ökosystem des Rheins weiterhin in hohem Maße beeinträchtigt. Dies hat eine aktuelle Studie ergeben, die vor wenigen Tagen beim Internationalen Wassertribunal in Rotterdam vorgelegt wurde. Hauptursachen der Störung beziehungsweise teilweisen Zerstörung der Flußfauna und -flora sind neben den Schadstoffeinleitungen die Schifffahrt mit ihren Folgen und wasserbauliche Maßnahmen (Uferverbauung, Staustufen, Begradigungen et cetera). Radioaktivität und thermische Belastung spielen ebenfalls eine erhebliche negative Rolle, die dazu führt, daß streckenweise nur ein ökologisches Restsystem übrigbleibt. Vordringlich ist deshalb zu fordern, daß die Einleitung von Stoffen der Schwarzen Liste, die nach dem Rhein-Chemievertrag seit fünf Jahren verboten ist, unverzüglich unterbunden wird und eine schrittweise, aber drastische Reduzierung der Salzmengen erfolgt. Nur durch verschärfte Kontrollmaßnahmen auf nationaler Ebene und einen gemeinsamen internationalen Sanierungsplan, der für alle Anrainerstaaten verbindlich ist, können die notwendigen Verbesserungen erreicht werden.

Um den Rhein wie um unsere ganze Umwelt stünde es besser, wenn alle Teilnehmerstaaten der KSZE-Konferenz von Helsinki, die die Schlußakte unterschrieben haben, sich ihrer Verpflichtung erinnerten, alle Emissionen in die Umwelt zu vermeiden, welche in den Nachbarländern Schäden hervorrufen könnten. (-/11.10.1983/ks/hgs)

+ - +



Europaparlament soll Waffenexporte beschränken

Sozialistische Fraktion des EP beschließt Einrichtung einer Rüstungskontrollbehörde

Von Heidemarie Wleczorek-Zeul MdEP

Stellvertretende Vorsitzende des EP-Außenwirtschaftsausschusses

Die deutschen Sozialdemokraten sind in der vergangenen Woche durch einen Beschluß der Sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments der Realisierung ihres Europa-Wahlprogrammes von 1979 ein gutes Stück nähergekommen. Selterzeit postulierten wir auf dem Parteitag in Köln: "Zu wirksamen globalen Rüstungskontrollvereinbarungen gehört, daß auch die Rüstungsexportströme vermindert und zum Stillstand gebracht werden. Die deutschen Sozialdemokraten streben als ersten Schritt eine europäische Vereinbarung mit dem Ziel an, daß die Mitgliedstaaten der Gemeinschaft Waffenexporte in Krisengebiete verbieten."

Genau das ist der Inhalt des Entwurfs einer EG-Konvention, den ich als Unterberichtserstatterin zum Bericht des britischen Konservativen Fergusson über Rüstungsbeschaffung zur Beschränkung von Waffenexporten formuliert habe. Danach sollen Waffenexporte durch eine Übereinkunft der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) nur noch zwischen den Ländern der EG zulässig sein; Kriegswaffenexporte in Länder der Dritten Welt sollen unterbunden werden. Andere westeuropäische Länder könnten nach gleichen Kriterien den EG-Ländern gleichgestellt werden. Ausnahmen wären nur nach Konsultationen im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit und nach Konsultation des Europäischen Parlaments möglich.

Besonders wichtig ist hervorzuheben, daß es grundsätzlich nur dann eine positive Entscheidung für Waffenexporte geben soll, wenn die Lage in dem Empfängerland dem nicht entgegensteht; das heißt: Sobald Anlaß zur Befürchtung besteht, daß die Waffen für Menschenrechtsverletzungen und gegen die Bevölkerung der Empfängerländer mißbraucht werden, dürfen Waffenlieferungen nicht erfolgen.

Außerdem soll eine Rüstungskontrollbehörde künftig den Umfang der Waffenexporte der EG-Länder registrieren und - was wirklich zukunftsweisend ist - gleichzeitig Vorschläge für die Umwandlung des militärischen Rüstungskomplexes in zivile Produktions- und Forschungskapazitäten entwickeln.

Schließlich soll auf die Supermächte eingewirkt werden, ihre Gespräche über den Transfer konventioneller Waffen ohne Vorbedingungen wieder aufzunehmen, die sie 1980 unterbrochen hatten. Das Ziel soll die generelle Beschränkung von Waffenexporten in Länder der Dritten Welt sein.

Es ist fast müßig, diesen Forderungskatalog zu begründen. Denn inzwischen hat sich die unerträgliche Situation herumsprochen, daß sich die Waffenexporte in die Länder der Dritten Welt während der vergangenen zehn Jahre verdoppelt haben. Und diese Lieferungen beanspruchen die knappen Devisen der Entwicklungsländer, so daß lebensnotwendige Investitionen im Bereich der Bildung und ländlichen Entwicklung unterbleiben.

Gegenüber vier Ländern der Europäischen Gemeinschaft ist besonders heftige Kritik angezeigt: Frankreich, Großbritannien, Italien und die Bundesrepublik Deutschland sind Netto-Waffenexporteure; sie exportieren mehr Waffen als sie importieren. Dabei gilt, daß die meisten Waffenlieferungen politisch begründet werden, während jedoch eindeutig kommerzielle Interessen überwiegen.

(~/11.10.1983/ks/hgs)

+ + +



DOKUMENTATION

Bundesregierung muß endlich handeln

Umkehr von der Untätigkeit in der Kohle- und Stahlpolitik nicht mehr aufzuschieben

Die SPD-Bundestagsfraktion hat in ihrer heutigen Sitzung in Dortmund nachfolgende EntschlieÙung gefaÙt:

I.

Immer mehr spüren die Bürger unseres Landes, daß die Regierung Kohl ihr Aufschwungs- und Lehrstellenversprechen nicht halten kann. Was wir in diesem Jahr erleben, ist vor allem der Aufschwung der Arbeitslosenzahlen.

Wer die weitere Zuspitzung der Krise verhindern will, hätte schon längst handeln müssen, muß jetzt handeln. Die Arbeitslosenzahlen von morgen sind die Folgen von wirtschaftspolitischer Untätigkeit heute. Und Untätigkeit, Nichtstun ist das Kennzeichen der Regierung Kohl. Deshalb ist es richtig, wenn immer mehr Bürger von der "Tu-nix-Regierung" sprechen.

Immer mehr Bürger spüren, daß die CDU/CSU kein Konzept zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hat und daß Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff die Dinge treiben läÙt und offensichtlich auch keine Kraft mehr hat, in den Gang der Dinge einzugreifen.

In den Stahlstandorten und den Kohlerevieren, vor allem an der Ruhr, spitzt sich die Lage besonders gefährlich zu. Im gesamten Ruhrgebiet, das mit seinen 5,4 Millionen Einwohnern größer als manches Bundesland ist, liegt die Arbeitslosigkeit bereits jetzt mehr als 50 Prozent über dem Bundesdurchschnitt (13,2 Prozent zu 8,6 Prozent Ende September) und mehr als 40 Prozent über dem Landesdurchschnitt von Nordrhein-Westfalen (der ohne das Ruhrgebiet bei 9,3 Prozent liegt). Wir befürchten weitere Massenentlassungen gerade in den Städten und Regionen, in denen die Arbeitslosigkeit ohnehin schon sehr hoch ist. Das Ruhrgebiet nimmt allmählich auch innerhalb der gesamten Europäischen Gemeinschaft eine Spitzenstellung in der Arbeitslosigkeit ein.

Zehntausende bangen um ihre Arbeitsplätze. Die Bundesregierung läÙt Unternehmensvorstände ohne Orientierung. Vertrauensleute, Betriebsräte und Gewerkschaften werden allein gelassen.

Wir warnen die Bundesregierung eindringlich vor der Fortsetzung dieses Kurses. Wir fordern sie zur Umkehr auf.

II.

Die SPD hat in der Vergangenheit wirtschaftlich vernünftige und sozial verantwortbare Vorschläge zur Bewältigung der Krise in den Bereichen Stahl und Bergbau vorgelegt. Wir bekräftigen heute diese Vorschläge.

Eine verantwortungsbewußte Bundesregierung müÙte sich zur Bewältigung der Krise von folgenden Grundsätzen leiten lassen:

Im Stahlbereich:

1. Die Stahlstandorte in der Bundesrepublik müssen aus regional- und beschäftigungspolitischen Gründen für die Zukunft im Kern erhalten bleiben.
2. Die Stahlindustrie ist so umzustrukturieren, daß die Wettbewerbsfähigkeit von mehreren leistungsfähigen Unternehmen gesichert ist. Es darf nicht nur ein marktbeherrschendes Großunternehmen übrigbleiben. Den Kern der Stahlindustrie sollen integrierte Unternehmen mit Rohstahlbasis und Weiterverarbeitung bilden.
3. Staatliche Hilfen sind an arbeitsplatzsichernden Umstellungen und Modernisierungen zu orientieren, nicht an arbeitsplatzvernichtenden Abwrack-Prämien und erst recht



- nicht von Massenentlassungen abhängig zu machen. An den Hilfen haben sich der Bund zu zwei Drittel, die Länder zu ein Drittel zu beteiligen.
4. Stahlproduktionsquoten sollen frei austauschbar und handelbar sein, um betriebswirtschafts- und beschäftigungspolitisch vernünftige Lösungen innerhalb der von uns vorgegebenen staatlichen Rahmenbedingungen: "Erhaltung der Stahlstandorte im Kern" zu ermöglichen.
 5. Der Anteil der deutschen Stahlproduktion innerhalb der Europäischen Gemeinschaft (ein Drittel) muß bleiben. Die erheblichen Unsicherheiten in der Quotenregelung müssen sobald als möglich beendet und durch unmißverständlich klare Regelungen ersetzt werden. Die verdeckten Subventionierungen auf nationaler Ebene müssen künftig konsequent verhindert werden.
 6. Unternehmenseigentümer und Gläubigerbanken müssen den äußerst zumutbaren Eigenbeitrag zur Modernisierung und Umstrukturierung leisten.
 7. Gewerkschaften und Mitbestimmungsorgane, Betriebsräte und Arbeitsdirektoren sind gleichberechtigt an der Erarbeitung betrieblicher und unternehmensübergreifender Konzepte zu beteiligen. Dazu ist die Errichtung eines Stahlausschusses notwendig, in dem die Bundesregierung, die betroffenen Länderregierungen, die Unternehmensvorstände und Betriebsräte und Gewerkschaften vertreten sind. Entscheidungen auf Unternehmensebene setzen vertragliche Vereinbarungen zum Schutze der Arbeitnehmerrechte mit Betriebsräten und Gewerkschaften voraus. Staatliche Hilfen sind an die Existenz solcher Vereinbarungen zu binden. Die Montanmitbestimmung ist bei bestehenden und neu zu gründenden Unternehmen auf Dauer zu sichern.
 8. Unternehmen, die staatliche Hilfen beantragen, haben die regional- und beschäftigungspolitischen Auswirkungen ihrer Umstrukturierungsentscheidung verbindlich darzustellen. Hilfen sind vorrangig an die Umstrukturierung zu binden.
 9. Das Stahlstandorte-Sonderprogramm ist regional und zeitlich zu erweitern. Die Förderungssätze müßten darüber hinaus erhöht werden. Der Bund hat sich zur Hälfte an den gesamten Hilfen des Stahlstandorte-Sonderprogramms zu beteiligen.
 10. Die Stahlunternehmen bleiben aufgefordert, soweit wie möglich, in den Stahlregionen zur Schaffung von Arbeitsplätzen außerhalb der Montanindustrie beizutragen.

Im Steinkohlebergbau:

1. Die bisherige Kohlevorrangpolitik muß konsequent fortgesetzt werden. Die völlige Stilllegung einer Schachanlage darf es nicht geben.
2. Zur Bewältigung der Krise ist ein Sonderprogramm für Anpassungsschichten durch die Bundesanstalt für Arbeit zu entwickeln.
3. Die gegenwärtigen Importkohle-Kontingente sind zu überprüfen.
4. Der Kohleinsatz im Wärmemarkt, einschließlich der Fernwärme, ist durch stärkere Investitionsanreize als bisher zu fördern.
5. Um die Zukunftschancen der Kohle zu sichern, sind die Investitionshilfen für den Bergbau zu erhöhen.
6. Alte Kohlekraftwerke sowie Heizkraft- und Heizwerke sind auch durch staatliche Unterstützung zu sanieren.
7. Der "Jahrhundertvertrag" muß voll erfüllt, der Hüttenvertrag so verlängert werden, daß eine volle Bedarfsdeckung aus heimischer Kohle gewährleistet ist.
8. Die Kokskohlenbeihilfe ist zu erhöhen.

Das Ergebnis der Kohlerunde vom 10. Oktober stellt einen Minimalkonsens dar. Wir nehmen die Bereitschaft aller für den Kohlebergbau Verantwortlichen zur Kenntnis, das Instrument der Anpassungsschichten einzusetzen. Es ist positiv zu werten, daß damit erreicht wird, keinen Bergmann in die Arbeitslosigkeit entlassen zu müssen. Wir stellen allerdings fest, daß die Frage der Finanzierung und wesentliche Fragen der Zukunftssicherung der deutschen Steinkohle, für die Modernisierung der Unternehmungen, für die Nordwanderung



des Bergbaus im Revier offengeblieben sind. Vor allem fehlen notwendige flankierende Absicherungen.

Neue Absatzchancen müssen dabei vor allem in Investitionen im Wärmemarkt gefunden werden. Hierin ist trotz der Forderungen der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen wegen des Widerstands der Bundesregierung keine Übereinstimmung erzielt worden. Wir Sozialdemokraten halten an unseren entsprechenden Anträgen fest und werden diese im Bundestag weiter verfolgen.

Für beide Krisenbranchen muß gelten:

Unumgänglicher Kapazitätsabbau ist durch Sozialpläne weiter abzufedern. Das Instrumentarium des Arbeitsförderungsgesetzes und des ECKS-Vertrages ist voll auszuschöpfen und weiter zu entwickeln. Dies gilt insbesondere für innerbetriebliche Umschulung, Weiter- und Fortbildung.

Wir bieten den Regierungspartnern erneut unsere Zusammenarbeit auf der Basis dieser Grundsätze an. Es ist Tradition in der Bundesrepublik, schwierige Krisen durch gemeinsames Handeln aller Betroffenen zu bewältigen. Wir appellieren an die Bundesregierung, sich auf diese Tradition zu besinnen und nicht den sozialen Konsens aufs Spiel zu setzen. Eine Politik, die Zusammenbrüche großer Unternehmen und Massenentlassungen wie Naturkatastrophen hinnimmt und dann zur Tagesordnung übergeht, hieße den sozialen Frieden in unserem Land zerstören. Wir warnen vor solch einer Politik.

III.

Die Anstrengungen zur Bewältigung des Strukturwandels bei Kohle und Stahl im Ruhrgebiet müssen von der Bundesregierung und den Bundesländern als nationale Aufgabe betrachtet und akzeptiert werden. Wir erwarten von der Bundesregierung, daß die Sonderlasten des Landes Nordrhein-Westfalen beim Länderfinanzausgleich und bei den Bundesergänzungszuweisungen stärker berücksichtigt werden. Im Rahmen ihrer Struktur-, Forschungs-, Technologie-, Städtebau- und Wohnungsbaupolitik muß sie einen größeren Beitrag zur Lösung der Arbeitsmarkt- und Strukturprobleme des Ruhrgebietes leisten.

Wir wissen, daß wir nicht jeden Arbeitsplatz in der Stahlindustrie und dem Kohlebergbau erhalten können. Über das "Programm zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen in den Stahlstandorten" hinaus müssen durch eine vorausschauende Industriepolitik neue Perspektiven für das Ruhrgebiet eröffnet werden.

Das Ruhrgebiet-Programm der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen bietet dafür eine gute Grundlage.

Bund und Land haben in enger Zusammenarbeit vor allem

- die Umstrukturierung der Energieversorgung, besonders das Vordringen der Kohle im Wärmemarkt aktiv zu fördern, ferner muß die Kohlevergasung über das Versuchsstadium hinaus industriell genutzt werden; über zinsverbilligte Kreditprogramme ist die Umsetzung neuer umweltschonender Kohletechnologien im Rahmen eines neu zu schaffenden Sondervermögens für Arbeits- und Umwelt zu beschleunigen;
- durch Bau einer Kohleverflüssigungsanlage im industriellen Demonstrationsmaßstab im Raum Bottrop die technologische Spitzenleistung der Anlagenbauer zu unterstützen;
- den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs (Stadt- und S-Bahn) im Ruhrgebiet zu beschleunigen;



- die Wasserwege zu verbessern, insbesondere durch Beschleunigung des Baubeginns der Schleuse Henrichenburg sowie den Bau der Rheinbrücke bei Duisburg im Zuge des Ausbaus des Emscher Schnellweges;
- kleine und mittlere Unternehmen zur Verbreiterung ihrer Produktpaletten sektoral und regional stärker zu fördern;
- die berufliche Aus- und Fortbildung stärker auf neue technologische Bedingungen auszurichten und das Instrument der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bei der Verbesserung des Umweltschutzes und der betrieblichen Qualifizierung und Umschulung stärker einzusetzen;
- bei der Forschungs- und Technologiepolitik die Anstrengungen des klassischen Montankerns zur Diversifizierung aktiv zu unterstützen, die Technologietransfer-Anstrengungen im Bereich der Klein- und Mittelbetriebe zu stärken und die Möglichkeiten zu erweitern, Auftragsforschung durch die Industrie an Entwicklungsinstitute innerhalb des Landes zu vergeben;
- in den Bereichen Biotechnologie und Materialforschung den Ausbau von Forschungs- und Entwicklungsschwerpunkten zu unterstützen;
- sich aktiv der europäischen Synchrotron-Strahlenquelle in Dortmund einzusetzen.

IV.

Das Ruhrgebiet, seine Arbeitnehmer haben Großes für den Wiederaufbau der Bundesrepublik geleistet. Ohne den entschlossenen Widerstand seiner Arbeitnehmer, insbesondere der Stahlarbeiter, hätte die Demontagepolitik der Alliierten zu Katastrophen geführt. Deshalb sind wir heute auch verpflichtet, dem Ruhrgebiet bei der Bewältigung seiner schweren Krisen zu helfen.

Wir appellieren eindringlich an die Bundesregierung, ihre Untätigkeit zu beenden und endlich zu handeln. (-/11.10.1983/ks/hgs)

+ + +

